

FESTAKT



zum Tag der
Deutschen Einheit am
3. Oktober 2015



FESTAKT

zum Tag der
Deutschen Einheit am
3. Oktober 2015

Musikalische Umrahmung:
Streichquartett der Kammerphilharmonie Dresden:
Roland Knauth (Violine), Anja Krocze-Knauth (Violine),
Markus Arnold (Viola), Benjamin Arnold (Violoncello)

Herausgegeben vom Sächsischen Landtag

Inhalt

Begrüßungsansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Rößler	6
Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen Martin Dulig	12
Festansprache Denk' ich an Deutschland ... Nahtstelle zwischen altem und neuem Jahrhundert Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung	18
Festansprache 25 Jahre Deutsche Einheit: eine Bilanz Sir Christopher Clark, Professor für Neue Europäische Geschichte, Cambrigde	30

Impressum:
Herausgeber: Sächsischer Landtag
Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten
des Sächsischen Landtags durch den Präsidenten
Dr. Matthias Rößler vertreten.

V.i.S.d.P.: Ivo Klatte, Sächsischer Landtag,
Anschrift s. o.

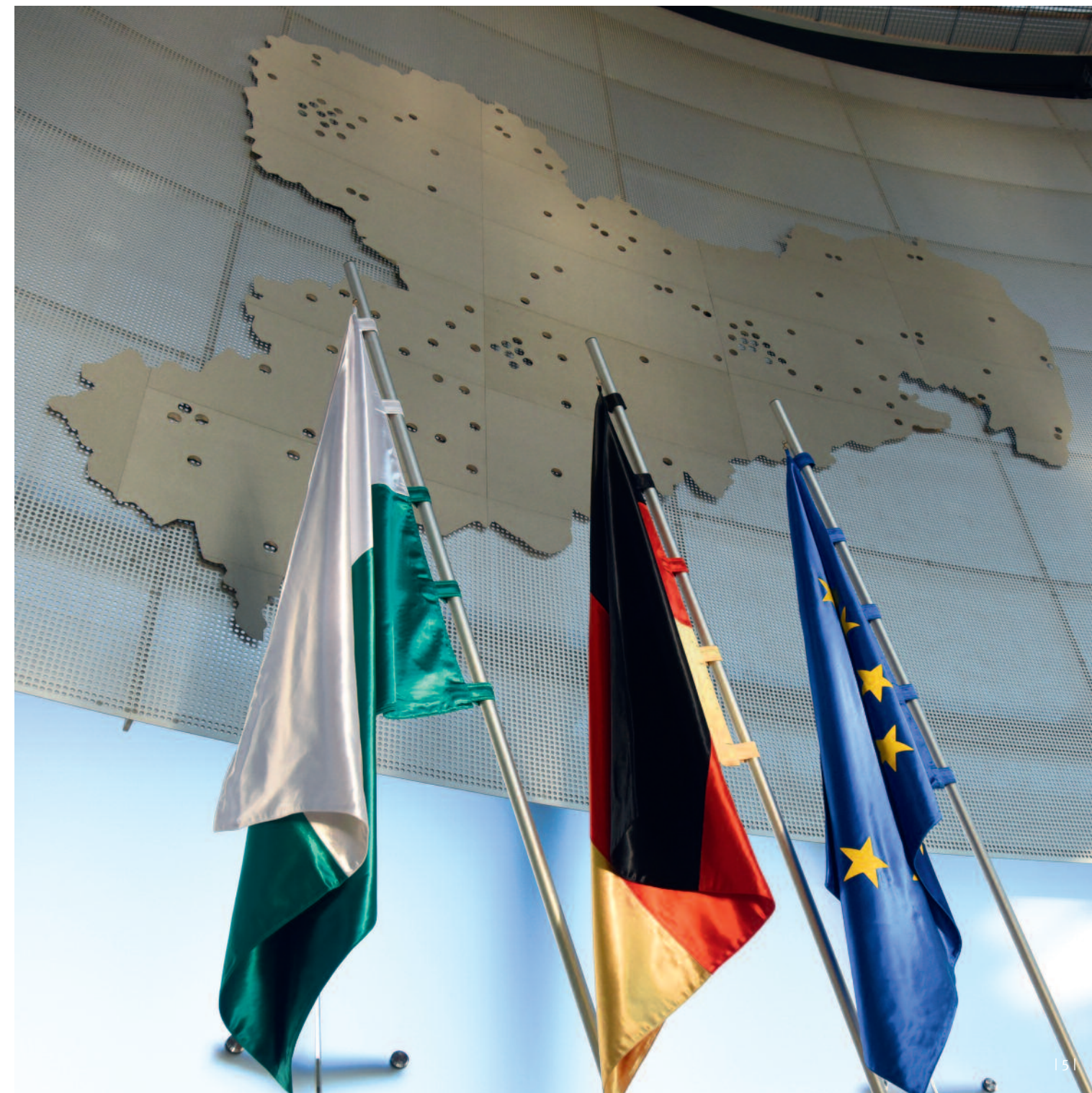
Redakteurin: Christin Morgenstern, Sächsischer Landtag,
Anschrift s. o.

Fotos: Steffen Giersch, Fotostudio
Tharandter Straße 19
01159 Dresden

Gestaltung, Satz: Ö GRAFIK agentur für marketing und design
Wittenberger Straße 114 A
01277 Dresden
www.oe-grafik.de

Druck: Sächsischer Landtag

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit
des Sächsischen Landtags kostenfrei an Interessierte abgegeben.



Begrüßungsansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags Dr. Matthias Rößler



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
verehrte Repräsentanten und Mitglieder der Verfassungsorgane
und des Konsularischen Corps,
Exzellenzen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

unsere Friedliche Revolution von 1989, die hier in Sachsen mutig ihren Anfang nahm, war ein zentraler Teil der mittel- und osteuropäischen Demokratie- und Freiheitsbewegung. Was in Polen mit der Solidarnosc-Bewegung begonnen und was Mitte des Jahres 1989 Ungarn erfasst hatte, das forderte im Herbst die kommunistische Diktatur auf deutschem Boden heraus. Binnen weniger Monate wandelte die DDR ihr autokratisches Wesen und innerhalb nur eines Jahres wurde unsere gesplattene Nation, wurde unser zerrissenes Volk wiedervereinigt.

Rückblickend lässt sich in wenige Sätze und Bilder kleiden, was mir noch immer wie ein Wunder erscheint. Weltgeschichtliches geschah vor 25 Jahren im Takt der Stunden und Tage. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag etwa, ausgehandelt in nur vier Monaten, veränderte Deutschland und Europa epochal. Er steht sinnbildlich für das historische Gelegenheitsfenster, das sich damals uns Deutschen öffnete. Er steht ferner für die Bereitschaft aller Seiten, besonders aber der Amerikaner, Russen und Deutschen, gemeinsam konstruktiv zu handeln.

Noch immer wie ein Wunder erscheinen mir die Geschehnisse des Jahres 1990 aber auch, weil damals zurückkehrte, was viele Menschen in der DDR für immer verloren glaubten. Mit der Wiedergründung des Freistaates



Sachsen am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg zu Meißen fand unser Land nach einer Zeit der Diktaturen zurück in eine gesamtdeutsche föderale Demokratie. Zudem kehrte Sachsen in das historische und neue Zentrum Europas, Mitteleuropas, zurück.

Der 3. Oktober spielt deshalb als historisches Datum in Sachsen eine besondere Rolle – als Tag der Deutschen Einheit und als Tag der Wiedergründung unseres Freistaates. Beides gehört untrennbar zusammen, auf beides können wir stolz sein und beides wollen wir heute feiern. Die deutsche Einheit war eine sächsische und ostdeutsche, eine nationale, aber auch eine europäische und weltgeschichtliche Leistung. Die Sachsen



haben damals nach Freiheit und nach Selbstbestimmung gerufen und dabei immense innerdeutsche und europäische Solidarität erfahren. Das dürfen wir nie vergessen, sind wir es doch heute, deren Solidarität und Hilfe benötigt werden. Doch wir müssen auch unsere Grenzen kennen, die Grenzen unserer Leistungskraft, unserer Integrationsfähigkeit, unseres Staates. Wer diese Grenzen aus dem Blick verliert, gefährdet die Stabilität unseres Gemeinwesens und verspielt die vor einem Vierteljahrhundert so hart errungene politische Gestaltungsfähigkeit der eigenen Verhältnisse.

Nicht nur die Freiheit war vor 25 Jahren eine zentrale Errungenschaft hier in Sachsen, auch die Wiedergeburt des demokratischen Parlamentarismus fällt in diese Zeit. Am 27. Oktober 1990 kam in der Dresdner Dreikönigskirche

erstmals wieder ein frei gewählter Sächsischer Landtag zusammen. Der Ort dieser Zusammenkunft war schon deshalb symbolisch, ging doch von den Kirchen unsere friedliche Revolution aus.

Als die Bürger 1990 ihr Landesparlament wählten, lag die letzte freie Landtagswahl in Sachsen ganze 60 Jahre zurück. Das heißt: Wir Sachsen mussten Demokratie erst wieder leben lernen. Schließlich braucht unsere parlamentarische Demokratie neben Freiheit vor allem Verstehen, Vertrauen und Verantwortung – und zwar bei Repräsentanten wie Repräsentierten. Sie benötigt dies, weil beide Seiten, weil die Bürgergesellschaft und die aus ihr kommenden Abgeordneten aufeinander angewiesen sind. Dieses Aufeinander-angewiesen-Sein ist konfliktreich, ohne Zweifel, aber es ist eben auch das Lebenselixier unserer Demokratie.

Ich blicke daher mit Sorge auf das verbreitete Misstrauen gegenüber der Politik, ja die Verachtung, die Politikern, Parteien und dem Parlament mitunter entgegenschlägt. Es entsetzt mich, wenn Wut und Hass die Richtschnur politischen Forderns und Handelns sind. Und es schockiert mich, wenn Extremisten – egal, ob rechte, linke oder islamistische – Gewalt ausüben. Aber auch die zuweilen spürbare Selbstbezogenheit der Politik, ihre hier und da sichtbare Entfremdung von der Bürgerschaft sehe ich mit Besorgnis.

Meine Damen und Herren, die freiheitliche Demokratie und die sie tragende offene Gesellschaft sind keine Selbstverständlichkeiten. Sie sind äußerst kostbare Güter, die bewahrt werden wollen. Von welchen Ängsten und Sorgen wir auch immer getrieben sind, wir dürfen heute im Angesicht akuter Herausforderungen nicht preisgeben, was wir vor 25 Jahren so mühselig zurückgewonnen haben – nicht die Freiheit, nicht die Demokratie, nicht die Rechtsstaatlichkeit, vor allem aber nicht Menschenwürde und Toleranz. Wir werden diese Grundfeste unseres Miteinanders verteidigen, gegen Angriffe von außen und von innen, gegen Angriffe von Extremisten, welcher politischen Couleur auch immer.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Vergangenheit und Gegenwart immer wieder neu reflektieren. Ich bin daher sehr froh, Ihnen zwei Redner ankündigen zu dürfen, die dies aus verschiedenen Blickwinkeln heraus bestens vermögen. Der eine ist Frank Richter, der Zeitzeuge mit dem feinsinnigen Blick von innen auf die Sachsen; der andere ist Christopher Clark, der große angelsächsische Zeithistoriker, der uns Deutsche einfach mag, wie wir spätestens aus der im ZDF ausgestrahlten »Deutschland-Saga« wissen.





Sicher kennen Sie das Bonmot: »Der größte Feind des Historikers ist der Zeitzeuge.« Lieber Christopher Clark, seien Sie beruhigt, Frank Richter ist Ihnen freundlich gesinnt – und er ist weit mehr als ein Zeitzeuge. Einerseits ist mit ihm der 8. Oktober 1989 verbunden, als sich in Dresden nach Tagen der Gewalt Demonstranten und Staatsmacht erstmals auf den Dialog verständigten. Wie habe ich Frank Richter damals bewundert! Er spielte in diesem heiklen Moment als junger Kaplan eine zentrale Rolle, indem er beherzt zwischen den Fronten vermittelte und die im Nachgang so wichtige »Gruppe der 20« ins Leben rief. Zu Recht erhielt er 1991 stellvertretend für die friedlichen Dresdener Demonstranten den Europäischen Menschenrechtspreis. Andererseits ist Frank Richter heute Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. In dieser Funktion ist er ein engagierter Demokratievermittler, der geduldig eine der Forderungen des Herbstes 1989 umsetzt: den offenen und gewaltfreien Dialog in der Gesellschaft.

Jemand, der Geschichte nicht nur herausragend erforschen, sondern sie auch erzählen kann, denn Geschichte lebt von Geschichten, ist Christopher Clark. Dies gilt zumal, wenn es sich um deutsche Geschichte handelt, fühlt er sich doch der deutschen Sprache und Kultur zutiefst verbunden. Erst im



Juni dieses Jahres erfolgte ob seiner »Verdienste um die britisch-deutschen Beziehungen« die Aufnahme in den Ritterstand. Geboren und aufgewachsen in Australien, führte ihn sein Studium 1985 für zwei Jahre nach West-Berlin. Seine wissenschaftliche Wirkungsstätte ist indes seit über 20 Jahren das englische Cambridge. Hier lehrt er auf der renommierten Position des Königlichen Professors für Geschichte. Sir Christopher Clark hat mit seinen ausgezeichneten Werken über Preußen – ich wollte es wäre Sachsen – oder über das Europa vor dem Ersten Weltkrieg mehr als mancher deutsche Historiker gezeigt, »wie es eigentlich gewesen«, um mit Leopold von Ranke's berühmten Worten zu sprechen. Sein Buch »Die Schlafwandler« ist nicht nur in Deutschland ein Bestseller.

Wir dürfen gespannt sein, was beide uns aus ihrer jeweiligen Perspektive heraus ein Vierteljahrhundert nach der Deutschen Einheit über die Sachsen und die Deutschen zu sagen haben.

Ich danke Ihnen.

Ansprache des stellvertretenden Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Martin Dulig



Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr Professor Clark,
sehr geehrter Frank Richter,
liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete,
sehr geehrte Präsidentin des
Sächsischen Verfassungsgerichtshofes, Frau Munz,
werte Vertreter des diplomatischen Korps,
meine sehr verehrten Gäste,

Ich werde – genauso wie die Kolleginnen und Kollegen im Kabinett und der Ministerpräsident, von dem ich Sie alle herzlich grüße – in diesem Jahr immer wieder eingeladen. Unternehmen, Kammern, Verbände, Vereine und Initiativen feiern im 25. Jahr nach Vollendung der deutschen Einheit ihr eigenes 25-jähriges Jubiläum.

Zu diesen Feiern gehe ich durchaus gern. Denn dort treffe ich Menschen, die erzählen von dem, was dieses Land ausmacht: von der Freiheit, von der Solidarität und vom kreativen und fantasievollen Erfindergeist. Ich treffe auf Unternehmerinnen und Unternehmer, die heute an Produkten für morgen forschen. Auf engagierte Vereinsvorsitzende und auf Kammerpräsidenten, die mit leuchtenden Augen vom schwierigen, aber erfolgreichen Start vor 25 Jahren schwärmen.

Was alle gemeinsam haben: Sie feiern mit berechtigtem Stolz, denn sie haben im zurückliegenden Vierteljahrhundert Beeindruckendes erreicht. Sie sind alle Teil einer Erfolgsgeschichte, auf die wir gehofft haben, die aber nicht selbstverständlich war. Diese Erfolgsgeschichte ist die Deutsche Einheit, deren 25. Jahrestag wir heute feiern. Und damit auch die Voraus-



setzung, dass der Freistaat Sachsen vor 25 Jahren wiedergegründet werden konnte.

Wir haben eine Menge erreicht und können auf eine große Aufbauleistung schauen. Dabei waren wir nicht allein. Wir haben große Hilfe und Solidarität erfahren. Von der neuen Bundesrepublik, von den anderen Bundesländern. Und auch von Menschen aus aller Welt. Ein eindrückliches Symbol dafür ist die Frauenkirche hier in Dresden. Ohne diese Solidarität hätten wir diese Aufbauleistung nicht geschafft. Und auch dadurch ist unser Land in den letzten 25 Jahren wieder zu einem Land zusammengewachsen.

Ich will deutlich sagen: Die Freiheit, die wir heute haben, ist nicht durch den formellen Akt der Wiedervereinigung erst am 3. Oktober 1990 entstanden.

Geschaffen haben die Freiheit vor allem die Menschen in der DDR, die mit viel Beharrlichkeit und Besonnenheit auch in Zeiten von Stillstand und Verfall die Sehnsucht nach Freiheit nie aufgegeben haben. Sie haben ihre Angst überwunden, das System in einer friedlichen Revolution gestürzt und die Mauer zum Einfallen gebracht.

Viele haben diese Freiheit genutzt und haben ihr Glück woanders gesucht, sich ein neues Leben aufgebaut. Die Mehrheit hat ihre Chancen hier ergriffen. Aber nicht für alle war die Deutsche Einheit eine Erfolgsgeschichte. Viele



verloren ihre Arbeit und sind auch in die neue Zeit nicht mitgenommen worden. Um sie müssen wir uns weiter kümmern, auch nach 25 Jahren.

Wir schauen in Dankbarkeit auf 25 Jahre deutsche Einheit und auf eine gute Entwicklung des Freistaat Sachsen zurück. Wir müssen uns aber auch anlässlich des feierlichen Jubiläums auf die nächsten Jahre vorbereiten und die Herausforderungen annehmen. Mit der positiven Entwicklung und der gewonnenen Stärke nehmen wir Schwung für das, was vor uns liegt. Und dabei wissen wir, dass die aktuelle Situation, in der wir uns befinden, maßgeblich für die nächsten Jahre sein wird. Tausende Flüchtlinge sind hier. Und dieser Zustand wird für eine lange Zeit anhalten. Wir stehen vor einer Zäsur.



Wir stehen vor schweren Entscheidungen, gerade, was unsere Grenzen, auch die äußeren Grenzen, betrifft. Wenn wir unser großes Ziel, nämlich eine menschenwürdige Behandlung der zu uns Geflüchteten, erreichen und die große Herausforderung der Integration annehmen wollen, müssen wir die Flüchtlingswelle eindämmen, ja, sie zeitweise stoppen. Es ist hart, dies auszusprechen. Aber es steht zu viel auf dem Spiel: die Leistungsfähigkeit unseres Staates, die Zukunft Europas und die Stabilität der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Damit gehen wir nicht denjenigen auf dem Leim, die mit »Grenzen dicht« ihre fremdenfeindliche Haltung und ihren Hass gegen Fremde und Fremdes zeigen. Im Gegenteil. Gerade weil wir uns gegen Ras-

sismus und für Offenheit und gegenseitigen Respekt engagieren, gerade weil wir die große Herausforderung der Integration annehmen und auch als Chance für unsere Gesellschaft und unser Land begreifen, müssen wir uns ohne Angst, aber auch ohne Illusion der Aufgabe stellen. Dafür braucht es eine klare Haltung gegen Rassismus, gegen Hass und Gewalt. Durch Sachsen muss ein Ruck gehen – ein Ruck der Mitmenschlichkeit.

Wir müssen aber auch die Frage beantworten: Wohin mit den Ängsten der Menschen in Sachsen? Ja, wir haben eine doppelte Integrationsaufgabe – eine nach innen und eine nach außen. Es geht sowohl um die Integration in unsere Gesellschaft als auch um die Bereitschaft und Akzeptanz in der Gesellschaft. Wir müssen das Schwarz-weiß-Denken ablegen. Die Mehrheit der Menschen in Sachsen ist bereit, sich mit Offenheit und Herz auf die neue Situation einzustellen. Und trotzdem haben Viele Fragen und Ängste. Damit meine ich nicht die »Ich-habe-nichts-gegen-Ausländer,-aber ...«-Sager, die dann ihre gesammelten Vorurteile und ihre Hetze auskippen. Nein, ich meine nicht diejenigen, die unter dem Mantel »besorgte Bürger« vor Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberunterkünften demonstrieren oder diese gar blockieren. Nein, ich meine nicht diejenigen, die Flüchtlinge, Polizisten, Helferinnen und Helfer sowie Politikerinnen und Politiker angreifen. Sondern ich meine diejenigen, die gerade keinen Raum finden, um offen über ihre Fragen und Ängste reden zu können. Die weder zu Rassisten gestempelt werden wollen, wenn sie Ängste haben, noch zu Linksextremisten, wenn sie sich gegen Rassismus engagieren. Auch hier ist die gesamte Gesellschaft gefragt: die Kirchen, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, der Sport, die Feuerwehr, die Verwaltungen, die Politik, die Wohlfahrtsorganisationen, die vielfältigen Vereine und Verbände in Sachsen. Wir brauchen Orte des Dialogs und der Aufklärung. Schaffen wir diese! Das ist Integration nach innen.

Wir wollen die zu uns Geflüchteten, die hier bleiben können, konsequent integrieren und ihnen eine neue Heimat geben. Das ist unsere zutiefst humanistische Aufgabe. In der Zuwanderung liegt auch eine große Chance, denn sie wird die demografischen Befürchtungen, die wir jahrelang gehegt haben, vermutlich widerlegen. Auf dem Arbeitsmarkt ist das das Potenzial, das wir auch für eine gute wirtschaftliche Zukunft brauchen. Für diese Zukunft in einer globalisierten Weltwirtschaft ist Weltoffenheit eine unabdingbare Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg. Wenn wir weiter



Erfolg haben wollen, müssen wir darum auch Heimat für Wissenschaftlerinnen, Unternehmer, Kreative und Fachleute aus aller Welt sein. Gelassenheit und Neugier sind dafür unabdingbar. Das ist für Sachsen eigentlich nichts Neues. Wir sind das Heimatland von Gotthold Ephraim Lessing, der in Kamenz geboren wurde. Mit »Nathan der Weise« hat er das bedeutendste Werk der Aufklärung über die Toleranz zwischen den Religionen geschrieben. Schon vor 236 Jahren. Mitmenschlichkeit, Aufklärung und Toleranz sind die wahren Werte des Abendlandes, die wir verteidigen müssen.

Der Freistaat Sachsen ist erwachsen geworden. Ein Vierteljahrhundert alt. Wir sind alt genug, uns den großen Herausforderungen zu stellen, vor denen wir heute stehen. Wir haben eine beachtliche wirtschaftliche Stärke erreicht. Wir haben gezeigt, dass wir auch mit schwierigen und unwägbareren Zeiten umgehen und sie meistern können. Gemeinsam können wir es auch in den kommenden 25 Jahren schaffen. Lassen Sie uns die Erfolgsgeschichte weiterschreiben und um ein neues Kapitel bereichern. Vielen Dank.

Festansprache
»Denk' ich an Deutschland ...
An der Nahtstelle zwischen altem und neuem Jahrhundert«
Frank Richter, Direktor der Sächsischen Landeszentrale
für politische Bildung



Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir begehen das 25-jährige Jubiläum der Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen und der Wiedervereinigung Deutschlands. Ich darf zu Ihnen sprechen als einer, der sich der politischen Bildung verpflichtet weiß. Meine Rede kann also – so gebietet es die Funktion – keine Laudatio sein. Sie muss der Versuch sein, eine historische und politische Einordnung vorzunehmen. Gleichwohl: Es steht kein Funktionär vor Ihnen, sondern ein Mensch mit einer persönlichen Beziehung zum Betrachtungsgegenstand. Diese lautet: Im Herbst 1989, mitten im Geschehen dessen, was wir die Friedliche Revolution in der DDR nennen, erfüllte sich für mich ein Lebenstraum. Es war der Traum, ein Leben in äußerlicher Freiheit und ohne Angst vor ideologisch begründeten Repressionen führen zu können. Ich war glücklich.

Am 3. Oktober 1990 war ich froh und zufrieden, nicht, weil ich im Staat namens Bundesrepublik nun die Erfüllung all meiner anderen Träume gesehen hätte. Die Theologen sind der Politik gegenüber immer etwas skeptisch. Ich hatte wenige Illusionen und viele Fragen, Fragen, die bis heute geblieben sind. Ich war froh und zufrieden, weil ich die staatliche Teilung des deutschen Volkes als etwas völlig Unnatürliches empfunden hatte. Diejenigen übrigens, die mich am eindrucklichsten in diesem Empfinden bestärkt hatten, waren Russen, Militärangehörige, mit denen ich in meiner sächsischen Heimatstadt Großenhain – einer Garnisonsstadt – durchaus gelegentlich ins Gespräch kommen konnte. Sie sagten mir hinter vorgehaltener Hand, dass die Teilung Deutschlands in zwei Staaten nicht auf Dauer



bestehen könne. Manche gaben mir sogar zu erkennen: »Dann, wenn wir hier wieder rausgehen, werdet ihr hier sowieso wieder euer eigenes System errichten.« Die sowjetische Militärpräsenz in der DDR firmierte bis zum Ende unter dem Namen »(West-)Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland«.

Ich war zufrieden und vor allem froh, weil ich das Grundgesetz der Bundesrepublik als ein hervorragendes Fundament für das Zusammenleben der Menschen erachtete, das sich an den Werten orientierte, die meinem christlich geprägten Menschenbild entsprachen, Werten wie zum Beispiel Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Gemeinwohl. Die Verfassung des Freistaates



Sachsen, die ich als eine der modernsten Verfassungen im Vergleich der Länder der Bundesrepublik betrachte, bezieht sich in ihrer Präambel außerdem auf den Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Ich persönlich hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn auch diese Begriffe an prominenter Stelle und als Orientierungen staatlichen Handelns ins Grundgesetz aufgenommen würden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die drei historischen Prozesse Friedliche Revolution, Wiedervereinigung Deutschlands und die sich anschließende Transformation können nicht getrennt voneinander behandelt und begriffen werden. Gleichwohl können und sollten wir sie voneinander unterscheiden. Diese drei Prozesse finden zusammen in unserer Erinnerung am 3. Oktober.

Dieser Tag gehört zu den Tagen im Jahr, welche die Deutschen einladen, einmal anzuhalten und die Geschichte vor das geistige Auge zu stellen. Feiertage sind in gewisser Hinsicht das Gegenteil von freien Tagen. An freien Tagen verlustieren wir uns – auch gedanklich. Sie geben uns Muße. Wir pflegen die freien Künste. Wir entwickeln Kreativität. Freie Tage sind elementar wichtig für die Regenerierung unserer Humanität.



Feiertage binden und verbinden uns durch eine vorgegebene und gemeinschaftlich realisierte Bezugnahme auf ein geschichtliches Ereignis oder auf eine Idee. Gott sei Dank übertreibt es die Bundesrepublik Deutschland nicht bei der Festlegung staatlicher Feiertage. Sie übt geschichtspolitische Zurückhaltung. Wir wissen: Geschlossenen Gesellschaften, autoritären Regimen, totalitären Staaten ist es eigen, die Deutung der Vergangenheit festlegen und durchsetzen zu wollen. Sie wollen und müssen beweisen, ein für allemal die Sieger der Geschichte zu sein. Diese Vorhaben sind lächerlich und zum Scheitern verurteilt.

Freiheitlich gesinnte Menschen und die Repräsentanten demokratisch verfasster Gemeinwesen wissen, dass es eine Deutungshoheit über die Geschichte nicht geben kann, jedenfalls nicht auf Dauer. Wir leben in einem freiheitlich und demokratisch verfassten Gemeinwesen. Die gemeinschaftliche Feier des 3. Oktober tut uns gut, wenn wir den Tag offen halten für die Vielfalt der unterschiedlichen Deutungen und uns zugleich versammeln und solidarisch verbinden als Deutsche und als europäisch gesinnte Demokraten.

Vor diesem Hintergrund in aller Bescheidenheit drei eigene historisch-politische Bewertungen:



Erstens:

Das, was in der Friedlichen Revolution geschah, trug in sich die moralische Substanz, die Deutschen am Ende des 20. Jahrhunderts mit sich selbst zu versöhnen. Der Satz ist nicht von mir, leider nicht. Ich weiß nicht einmal von wem er ist. Ich habe ihn aufgenommen bei einer Diskussion im Hannah-Arendt-Institut. Aber er hat sich mir tief eingepägt. Wir sind angesichts aktueller gesellschaftlicher Veränderungen darauf angewiesen, auf diese moralische Substanz zurück zu kommen.

Am Ende des 20. Jahrhunderts, eben des Jahrhunderts, in dem Deutsche anderen Völkern unsägliches Leid angetan hatten und jeden moralischen Kredit verloren zu haben schienen, brachten sie, die Deutschen, eine Revolution zustande, in der kein Tropfen Blut floss. Wer hätte ihnen das zugebraut? Wahrscheinlich hatten sie es sich selbst nicht mehr zugebraut. Deutsche hörten auf, hörige Untertanen zu sein. Deutsche begannen, sich wie Citoyens zu benehmen, wie Bürger, die in dem Moment, als sie erkannt hatten, dass es den Regierenden ausschließlich um das eigene Wohl und um das Wohl ihrer Partei ging, sich die ihnen zukommende Souveränität

zurückholten und die Sorge um das Allgemeinwohl in die eigenen Hände nahmen.

Der Ruf »Wir sind das Volk« gilt zu Recht als Wiederentdeckung der Volkssouveränität. Es ist irritierend und abstoßend, diesen Ruf erneut hören und ertragen zu müssen als einen Ruf der Ausgrenzung und der Ablehnung von Flüchtlingen. Wir sollten uns als Demokraten davon nicht verunsichern lassen. Der Ruf »Wir sind das Volk« gehört nicht den Denkmalpflegern. Er gehört nun einmal allen. Wenn er ertönt, sollten wir aufmerksam hinhören und zu verstehen suchen, was gemeint ist und was dahinter steckt. Beim Versuch zu verstehen, geht es nicht ums Nachgeben und schon gar nicht ums Nachlaufen. Die Erinnerung an die Friedliche Revolution allerdings verbietet uns jedwede Überheblichkeit.

Zweitens:

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands setzte ein umfassender und tief greifender gesellschaftlicher, politischer, ökonomischer und auch kultureller Transformationsprozess ein, ein Prozess, der in der Geschichte seinesgleichen sucht.

Für die Menschen im Osten Deutschlands bedeutete diese Transformation tägliches und hartes Brot. Für viele blieb kein Stein auf dem anderen. Für viele Menschen im Westen und aus dem Westen erschien die Transformation zunächst gar nicht als solche. Sie bedeutete manchen zunächst nichts mehr als eine geografische Erweiterung des Bekannten und Vertrauten. Mit der Zeit freilich erfuhren und begriffen auch sie, wie sehr sich Deutschland veränderte.

Die Veränderungen der vergangenen 25 Jahre waren umfassend und tief greifend. Ich sehe heute, gerade bei den Älteren, Erscheinungen von Erschöpfung. Diese treten gerade jetzt zutage, da sich unsere Gesellschaft erneut auf große Veränderungen einzustellen hat.

Die hier geborenen und sozialisierten Menschen hatten gelernt, wie es geht, DDR-Bürger zu sein. Sie lernten, was es heißt, Bundesbürger zu sein. Sie lernten, was es heißt, Europäer zu sein, Bürger im Schengen-Raum. Jetzt müssen und können sie lernen, was es heißt, Weltbürger zu sein. Weltbürger sein, das heißt: mit den Nöten, Kriegen und Katastrophen einer Welt, die vielerorts aus den Fugen geraten ist, in einer gnadenlos offenen Weise konfrontiert und als Bürger eines starken Landes in die Konsequenzen hineingezogen zu werden. Das ist nicht für jeden gleichermaßen leicht zu verkraften.



Ich sage das nicht, um engstirnige Provinzialität oder fremdenfeindliche Ressentiments zu entschuldigen.

Meine Damen und Herren, wir haben neulich im Sächsischen Kultursenat diskutiert und haben formuliert, leider ist es so: Sachsen geriet zum wiederholten Male in den Ruf, ein Hort des Rechtsextremismus, der Fremdenfeindlichkeit und gewalttätiger Auseinandersetzung, auch solcher, die von Linksextremisten ausgehen, zu sein. Und es ist ja nicht nur der Ruf. Flüchtlinge und Asylbewerber werden offen attackiert. Politiker und Polizisten werden angegriffen. Die Diffamierung und die Hetze gegen Menschen, die aus verschiedenen Gründen – oft ist es ihre nackte Angst ums Überleben – bei uns Hilfe und Schutz suchen, offenbarten sich in einer bisher nicht bekannten Weise.

Sachsen ist ein der europäischen Kultur und damit auch der Aufklärung verpflichtetes Gemeinwesen. Der Reichtum des Landes wurde immer auch durch Menschen begründet und gemehrt, die aus der Fremde zu uns kamen.

Ob wir die Herausforderungen bewältigen, vor denen die Zivilisation jetzt steht, ist auch eine Frage unserer kulturellen Identität. Es ist offensichtlich, dass es einfache Lösungen nicht gibt. Umso wichtiger ist die Suche nach klaren Orientierungen und effektiven politischen Strategien.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Nöte vieler Flüchtlinge und Asylbewerber sind existenzieller Natur. Diese Menschen aufzunehmen und menschenwürdig zu behandeln, ist Ausdruck unseres Selbstverständnisses. Die Sorgen und Fragen der Bürger unseres Landes, wie die Entwicklung wohl nun weitergeht und wie lange die Kraft Deutschlands und Europas reicht, die vielen Flüchtlinge aufzunehmen – diese Sorgen erscheinen vergleichsweise klein. Sie sind allerdings nicht weniger wichtig.

Es hat keinen Sinn, die existenziellen Nöte der Flüchtlinge gegen die berechtigten Sorgen und Fragen der ansässigen Bevölkerung auszuspielen. Ich hoffe, dass wir diesbezüglich keine neue Polarisierung erfahren. Wir können den Charakter der Bundesrepublik als humanitären Staat nicht ohne und schon gar nicht gegen die Aufnahmebereitschaft der Mehrheit der Bürger aufrechterhalten. Zum offenen Dialog zwischen Politik und Gesellschaft gibt es keine vernünftige Alternative.



Unsere Kultur, die wir schätzen, hat zwei Funktionen. Einerseits stiftet sie Identität. Sie definiert und grenzt ab von anderen Formen der Weltdeutung, der Art des Lebens und des Zusammenlebens. Sie versucht zu überzeugen. Andererseits lebt sie vom Austausch. Sie öffnet sich und sucht die Bereicherung durch andere Formen des Lebens. Sie lässt sich überzeugen.

Mittlerweile dämmert es allen, dass sich unsere Gesellschaft grundlegend verändern wird. Für den Einen erscheint diese Veränderung wie eine Abenddämmerung. Das Deutschland, wie er es schätzt und liebt, scheint unterzugehen. Für den Anderen erscheint diese Veränderung wie eine Morgendämmerung. Das Deutschland, wie er es sich für die Zukunft vorstellt,

tritt ans Tageslicht. Die Einen denken so; die Anderen denken anders. Im Innersten wissen beide, dass es nicht um Tag oder Nacht, nicht um Hell oder Dunkel geht, sondern darum, die Veränderungen im Ausgleich zwischen dem Bewahren und dem Erneuern in gegenseitigem Respekt und kultiviert zu gestalten.

Und ein Letztes:

Revolutionen und gesellschaftliche Umbrüche verändern die Verhältnisse. Sie verändern nicht die Charaktere der Menschen. Sie bringen es mit sich, dass diese Charaktere besonders deutlich hervortreten. Wir haben 1989, 1990 und in den Folgejahren viele mutige, selbstlose, solidarische, ökonomisch intelligente und politisch weitsichtige Menschen kennengelernt, Menschen, die wir ohne diese Umbrüche niemals kennengelernt hätten. Einerseits. Wir haben andererseits viele Feiglinge, viele Wendehälse, Raubritter und Karrieristen kennengelernt, Menschen, die wir ohne diese Umbrüche gar nicht hätten kennenlernen müssen. Ja. Die Deutschen haben sich gegenseitig kennengelernt.

In diesen Veränderungen wurde Großartiges geleistet, es wurden Fehler begangen, es mussten Enttäuschungen verarbeitet werden, es blieben politische Fragen offen und manch individuelle Schuld blieb ungesühnt. Im Großen und Ganzen, so mein Resümee, haben es die Deutschen ganz ordentlich hinbekommen.

Freilich – die Betrachtung des »Großen und Ganzen« ist immer problematisch. Sie läuft Gefahr und kann nicht ausschließen, dem Einzelnen, dem Schwachen, der sich nicht zu Wort meldet und keine Lobby hat, Unrecht zu tun.

Dass wir heute eine gute Staats- und Gesellschaftsordnung haben – die beste, die Deutschland je besaß – heißt noch lange nicht, dass wir eine gute Gesellschaft sind. Als gelernter DDR-Bürger weiß ich: Auch in einer schlechten Ordnung vermögen kluge, intelligente und solidarisch handelnde Menschen sehr Vernünftiges auf die Beine zu stellen. Das heißt im Umkehrschluss: Die beste Ordnung nützt nichts, wenn sie von den Menschen, für die sie gemacht ist, innerlich nicht ratifiziert wird. Demokratie geht nur mit Demokraten. Wir können uns nicht auf gedrucktes Papier verlassen. Wir müssen die Demokratie täglich erneuern auf der Grundlage der moralischen Substanz, die wir in der Friedlichen Revolution unter Beweis gestellt haben.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Friedrich Hölderlin – an einem Tag wie heute dürfen die Romantiker auch immer aufgerufen werden –, wendete sich im »Hyperion«, einem Briefroman, an die Deutschen. In diesem Buch gibt es einen Satz. Der fällt mir immer dann ein, wenn die politischen und gesellschaftlichen Debatten von den Kategorien des Finanziellen dominiert werden. Ich möchte ihn am Ende zitieren:

»O, ein Gott ist der Mensch, wenn er träumt,
ein Bettler, wenn er nachdenkt,
wenn ihn aber die Begeisterung verlassen hat,
dann ist er wie der misstratene Sohn, welcher die paar Pfennige zählt,
die ihm das Mitleid mit auf den Weg gab.«

Leider, meine Damen und Herren, wirkt dieser Satz, so wie Hölderlin ihn formuliert hat, etwas pessimistisch. Ich möchte ihn in optimistischer Weise umformulieren:

Wenn uns die Begeisterung verlassen hat,
dann beginnen wir die Pfennige zu zählen, die man uns mitgab.
Wenn wir nachdenken – so wie der, der hier vor Ihnen steht –,
dann kommen wir uns vor wie Bettler.
Aber wenn wir miteinander träumen
und uns eine bessere Zukunft für diese Welt ausdenken,
dann sind wir Menschen ein klein wenig so wie Gott.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.







Festansprache
25 Jahre Deutsche Einheit: eine Bilanz
Sir Christopher Clark, Professor für Neue Europäische
Geschichte, Cambrigde

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,
sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

1990 geschah etwas historisch Einmaliges: Eine tiefgreifende Veränderung der geopolitischen Ordnung Europas vollzog sich im Frieden. Der Westfälische Frieden vom Jahre 1648, die Entstehung eines deutschen Nationalstaates im Herzen des europäischen Kontinents 1871, die Neugestaltung Mitteleuropas nach 1918 und die Teilung Deutschlands nach 1945 – diese Umwälzungen der staatlichen Ordnung auf dem europäischen Kontinent wurden alle durch Kriege herbeigeführt und man könnte sogar sagen: mit Millionen von Menschenleben erkaufte, damit die jeweils neu entstandenen Machtverhältnisse für die europäische Staatenordnung angemessen umgestaltet werden konnten. Rechnet man diese vier Kriegsepochen zusammen, den 30-jährigen Krieg mit seinen acht Millionen Toten, die Deutschen Vereinigungskriege mit einer Viertelmillion, die ihr Leben ließen, den Ersten Weltkrieg mit insgesamt 16,5 Millionen militärischen und zivilen Opfern und den Zweiten Weltkrieg in Europa mit vielleicht 43,5 Millionen Toten, dann kommt man auf die beträchtliche Gesamtzahl von über 68 Millionen Menschen, deren Leben verheizt wurden.

1989/90 verlief alles ganz anders: Ein seit 40 Jahren bestehendes Sicherheitssystem wurde ohne Krieg abgeschafft, ein Imperium abgebaut, das Gleichgewicht der Mächte auf dem Kontinent in Frage gestellt, ein neuer deutscher Staat geschaffen. Alles ohne Krieg. Unvergesslich sind die Bilder der Massendemonstrationen in Dresden, Leipzig, Halle, Karl-Marx-Stadt,

Magdeburg, Plauen, Arnstadt, Rostock, Potsdam und Schwerin im Herbst 1989. Für Deutschland war das der dritte große Volksaufstand der Neuzeit: 1848/49, 1918/19, 1989. Es ist interessant, wie sich diese deutschen Tumulte in fast genau 70-jährigen Abständen ereigneten. Die sogenannte Wiedervereinigung 1989/90 war die zweite große staatliche Vereinigung Deutschlands nach der Gründung des Deutschen Reiches. Und sie war die fünfte große, moderne territoriale Neugliederung.

Mein Kollege und Freund James Chen von der University of Stanford schreibt in seiner vortrefflichen Geschichte Deutschlands, 60 Prozent der Deutschen hätten 1815 nach den napoleonischen Kriegen in einem anderen Staate gewohnt als 20 Jahre zuvor. Nicht, weil sie umgezogen wären, sondern weil die politischen Grenzen um sie herum neu gezeichnet wurden. Spult man die Landkarten Deutschlands aus den letzten 200 Jahren auf einem Bildschirm ab, kann man nur staunen, wie das deutsche Staatsgebilde wächst und schrumpft. Dieses nervöse Flimmern der inneren und äußeren Grenzen scheint beinahe ein Wesenszug der deutschen Geschichte zu sein.

Auch vor diesem wechselvollen Hintergrund waren die Ereignisse des Jahres 1989 neu. Es handelte sich nach den Worten Heinrich August Winklers um eine neuartige Revolution, die sich mit der Parole »Keine Gewalt!« neu zügelte. Und diese Zügelung beruhte natürlich auf Gegenseitigkeit. Auf der einen Seite war ein Regime, das den Glauben an sich selbst und seine Zukunft verloren hatte und das in Leipzig am 9. Oktober 1989 der schieren Masse der Protestierenden ohne Gewaltanwendung auswich. Auf der anderen Seite waren die Männer und Frauen, die zu Zehntausenden durch die Straßen strömten und sich durch ihre nüchterne Zurückhaltung und durch die Friedfertigkeit ihrer Parolen auszeichneten. »Gegen Gewalt« hieß es auf den Transparenten, »Freie Presse für freie Menschen!«, »Lasst euch nicht verwenden!«

Nach dem Mauerfall entfalteten sich die Ereignisse in einem solch atemberaubenden Tempo, dass man sie als Zeitgenosse kaum begreifen konnte. Die unglaublich rasch vollzogene Vereinigung der zwei deutschen Teilstaaten schuf quasi über Nacht einen neuen historischen Fluchtpunkt – und hiermit tat sich ein Kontrast zur großen 48er-Revolution auf. Denn im Gegensatz zur deutschen Märzrevolution, die man schon längst vorausgesagt hatte, war der sogenannte deutsche Herbst vollkommen unerwartet gekommen. Je näher die DDR an die Stunde ihrer Auflösung gerückt war, desto mehr Stabilität und Zukunftsträchtigkeit hatte man ihr zugemutet, jedenfalls im

Westen. Und die Historiker und die Politologen erkannten mitunter als Allerletzte die Fragilität dieses Regimes. Nun war die Einheit auf einmal erreicht. Sie war zu einem politischen Faktum geworden, dem man bald auch normative Kraft zusprach. In dem, was tatsächlich gekommen war, erkannte man nun im Rückblick das, was kommen müsse. Das, was man vorher für vollkommen unmöglich gehalten hatte, wurde nun zu einer historischen Notwendigkeit erklärt. Die Vielzahl der aufkeimenden, zum Teil nicht gesamtdeutschen Reformvisionen der DDR in ihrer Endphase wurde bald aus ihrem Blickfeld gedrängt. Nicht alle waren mit dem neuen Stand der Dinge zufrieden, denn diese Vereinigung ging aufs Engste – wie alle Vereinigungen das tun – mit Machtfragen zusammen. Das war bei der Reichsgründung 1871 nicht anders gewesen. Nicht alle hatten sich ein Reich bismarckscher Prägung gewünscht und trotz des betont föderalen Charakters der neuen Reichsverfassung vom April 1871 machte man sich Sorgen wegen des preußischen Übergewichtes im Reichsgefüge.

Im Jahre 1990 wurden die staatsrechtlichen Dinge ganz anders geregelt. Es gab keine neue Verfassung. Man hätte natürlich unter Berufung auf Artikel 146 des Grundgesetzes die zwei deutschen Staaten egalitär zusammenbringen, eine verfassungsgebende Versammlung ausrufen und gemeinschaftlich eine neue Verfassung schreiben können. Aber man entschied sich stattdessen für den Beitritt der DDR über Artikel 23. Für einen Mechanismus, der bis dahin nur einmal – im Falle des Saarlandes – angewandt worden war.

Freie Wahlen in der Noch-DDR schufen den dafür nötigen Konsens und damit die politische Legitimation. Verfassung, Strafgesetz, politisches System, Währung und Wirtschaftsfond der BRD wurden der sich sogenannten abwickelnden DDR einfach übergestülpt. Egal was man von diesem Vorgang hält, ich will ihn heute auch gar nicht in Frage stellen, er war historisch neu. Ganz anders als bei der Reichsgründung 1871 und ganz anders als irgendwo sonst im sogenannten Ost-Block wachten die Bürger der DDR eines Tages in einem komplett neuen Staat auf. Die einzigen Menschen auf der Welt, denen noch in Aussicht steht, ähnliches zu erleben, sind die Nordkoreaner. Über die Bedeutung dieser einschneidenden Zäsur für die Menschen, die sie erlebt haben, sind zigtausend Worte geschrieben worden. Man wird darüber ganze Bibliotheken füllen, ohne das Rätsel dieses kollektiven Schlüsselerlebnisses jemals gänzlich zu erfassen. Es hat auf jeden Fall tiefe Spuren hinterlassen und es gehört meines Erachtens zu den heutigen Unterschieden zwischen West- und Ostdeutschen, dass Letztere fast



alle über die Wende und ihre Nachwirkungen etwas zu sagen haben. Die Wessis – mit einigen ehrwürdigen Ausnahmen, um es etwas salopp zu formulieren – im Regelfall dagegen nicht. Gewisse Aspekte der Wiedervereinigung werden nach wie vor im Westen und Osten natürlich unterschiedlich beurteilt und das Vertrauen gegenüber Institutionen wie auch die Akzeptanz des Systems liegen im Osten etwas hinter den westdeutschen Werten. Die westdeutschen Medien verbreiten gelegentlich Formeln und Urteile, die in ostdeutschen Ohren verletzend klingen. Auch an der Eigenart des Rechtspopulismus in Teilen der neuen Bundesländer erkennt man gewisse historisch bedingte Besonderheiten. Die Vereinigung ist eben



kein einmaliges, punktuellere Ereignis – sie ist ein Prozess, und dieser Prozess ist noch voll im Gange. Immerhin erklärten 72 Prozent der Ostdeutschen im Herbst 2014 in einer Meinungsumfrage ihre Zustimmung zur Demokratie bundesdeutscher Prägung. 1991 waren es gerade einmal 41 Prozent gewesen.

So traumatisch die Wende sicherlich gewesen ist – es gibt viele Betroffene und ich bin auch selbst Menschen begegnet, die von Geschwistern und Freunden erzählt haben, die nach der Wende einfach untergegangen sind, die den tiefgreifenden Wandel ihrer persönlichen Situation nicht überlebt haben –, so traumatisch das alles gewesen ist, die Indizien deuten heute bei aller Meinungsvielfalt auf eine stetig wachsende Akzeptanz der Einheit und auf einen zunehmend pragmatischen Umgang mit dem komplexen Erbe der Zweistaatlichkeit hin. Gerade jetzt, wo die Einheitsproblematik als innenpolitische Frage an Brisanz zu verlieren scheint, stellt sich umso dringender die Frage nach ihrer außenpolitischen Bedeutung.

Wir dürfen nicht vergessen, wie prekär die Vereinigung der zwei deutschen Staaten im internationalen Kontext war. Die Entstehung des bismarckschen Reiches 1871 hatte einen Prozess der Bündnisbildung und geopolitischen Polarisierung in Gang gesetzt, ohne den der Ausbruch des Ersten Weltkrieges 43 Jahre später kaum zu erklären ist.

1989/90 wollte man einen anderen Weg gehen. Die Nachbarn durften von dem neuen Deutschland mit seinen 80 Millionen Einwohnern nicht verunsichert werden. Es sollten keine neuen Bündnisse oder Bündnissysteme entstehen, keine neuen Sicherheitskonzepte verfolgt werden. Man entschied sich also für eine Fortsetzung der alten bundesdeutschen Politik der West- und Selbstbindung, keine Alleingänge, keine freie Hand, keine Schaukel- oder Weltpolitik, keine springende Unruhe. An ihre Stelle trat eine Politik, in der breite Zukunftshorizonte nicht durch Imperialismus oder Revisionismus, sondern durch partnerschaftliche Zusammenarbeit am gemeinsamen europäischen Projekt gewährleistet werden sollten. Diese betont vorsichtige und konservative Herangehensweise erklärt zum Teil das Feld des Festhaltens an der NATO. Das von Michael Gorbatschow vorgelegte Konzept eines gemeinsamen europäischen Hauses mit der Sowjetunion, aber ohne Amerika, wurde nie ernsthaft verfolgt. Ebenso wenig die Idee Hans Dietrich Genschers, die KSZE [Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa] zu einem europäischen Sicherheitssystem auszubauen. Man mied Experimente, man blieb bei dem, was man schon kannte, was sich schon als belastungsfähig erwiesen hatte, ja bei dem, was sich bewährt hatte, und so konnte man schon im Spätherbst 1990 mit einer gewissen Genugtuung auf das vollendete Werk schauen. Ein Schlussstrich wurde unter den Zweiten Weltkrieg gezogen und der Kalte Krieg kam zu einem friedlichen Ende. Was danach kam, der Zusammenbruch der Sowjetunion, die Jugoslawischen Kriege, die zwei Tschetschenischen Kriege, der Terrorangriff auf New York am 11. September, der Afghanistan-Krieg, der Irak-Krieg mit seinen langen Nachwehen, die Georgienkrise, die Weltwirtschaftskrise, die Ukraine-Krise, die griechische Finanzkrise, die syrische Krise und nun die Flüchtlingskrise, hatte niemand vorausgesagt.

Die bipolare Stabilität des Kalten Krieges ist nun einem genuin neuen multipolaren Mächtegefüge gewichen. Das heißt weniger Transparenz, Unberechenbarkeit als Wesenszeichen des Systems und die Entstehung neuer und zunehmend eigenständiger regionaler Mächtekonstellationen. Diese Entwicklungen haben die Strukturschwächen der eben neu gefestigten europäischen Ordnung auf unbarmherzige Weise bloßgestellt und damit das vereinigte Deutschland vor neue Herausforderungen gestellt.

Die westdeutsche Außenpolitik war seit dem Zweiten Weltkrieg durch eine starke Präferenz für multilaterale Lösungen geprägt. »Deutschland dürfe« in den Worten Helmut Schmidts »nie allein führen«. Aber diese Neigung





zur Konsenspolitik setzte voraus, dass es eine konsensfähige Struktur gibt, in die man sich bequem einbetten kann. Aber gibt es so ein Gefüge noch? Und für wie lange?

Man denke an die Sommerkrise 2014, als sich die Spannung zwischen NATO und Russland schlagartig zuspitzte. Als NATO-Satellitenbilder am 29. August veröffentlicht wurden, die auf die Präsenz russischer Streitkräfte in der Ukraine hinwiesen, reagierte Wladimir Putin am selben Tag mit der Warnung, man solle mit Russland keinen Spaß treiben, schließlich verfüge es nach wie vor über ein beachtliches Nukleararsenal. Am 30. August, also am nächsten Tag, reagierte der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen mit einer Mitteilung, die NATO wäre eventuell bereit, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, falls das Parlament in Kiew sich entschließen sollte, den blockfreien Status des Landes aufzuheben. Gleichzeitig am selben Tag aber gab die deutsche Bundesregierung bekannt, sie lehne eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine ab. Das Thema stehe nicht auf der Tagesordnung. Solche Dissonanzen zeigen, wie schnell im Stresstest der Krise das Sicherheitsnetz ausfransen kann.

Es bleibt nach wie vor unklar, inwieweit Deutschland in den nächsten Jahren bereit sein wird, an gemeinsamen verteidigungspolitischen und an gemeinschaftspolitischen Aufgaben der NATO teilzunehmen. Obwohl das Bundesverfassungsgericht im Juli 2007 zum Beispiel die Beteiligung deutscher Streitkräfte am NATO-geführten ISAF-Einsatz in Afghanistan für rechtens hielt, bleibt die Skepsis gegenüber solchen sogenannten Out-of-area-Einsätzen in Deutschland auffallend stark. Sicherheits- und verteidigungspolitische Debatten sind in Deutschland mehr als in Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten durch ethische und Gewissensfragen geprägt, was vor dem historischen Hintergrund natürlich verständlich ist.

Doch ein neues, konsensfähiges europäisches Sicherheitskonzept gibt es bisher auch nicht. Wenn die Kohärenz und damit die Glaubwürdigkeit der NATO gelegentlich durch ein Auseinanderdriften der Interessen und Perspektiven gefährdet zu sein scheinen, so sieht es bei der EU nicht viel anders aus. Im Gegenteil: Die Meinungen der EU-Mitglieder driften oftmals viel weiter auseinander. Die Griechenlandkrise warf ein grelles Licht auf die Fehlkonstruktion einer Währungsunion ohne politische Bodenhaftung, in der Politik und Ökonomie auseinandergeraten konnten. Der Philosoph Jürgen Habermas hat mit Recht auf die Gefahren einer Situation hingewiesen, in der man die Volksvertreter eines europäischen Staates nicht als



Politiker, sondern lediglich als Gläubiger behandelt. Vor diesem Hintergrund musste die neuerliche Flüchtlingskrise als existenzielle Bedrohung wahrgenommen werden, sie stellte die EU vor ein an sich äußerst komplexes Problem, sie setzte die einzelnen Staatschefs unter Handlungsdruck und brachte unkoordinierte Alleingänge hervor, die wiederum eine gemeinsame Krisenbewältigung erschwerten. Gleichzeitig wurden rechtspopulistische Gruppierungen, die meist sowieso zur Euroskepsis neigen, mit Brennstoff versorgt, die Angst vor Überfremdung und sozialem Abstieg zu schüren. Trotzdem darf man meines Erachtens die Gefahren nicht überschätzen.

Gerade als die europäische Politik in der Flüchtlingskrise auseinanderzuklaffen drohte, stellte der EU-Ratspräsident Donald Tusk bei einem vor zehn Tagen, also am 23. September, einberufenen Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs zumindest die Anfänge eines gemeinsamen Vorgehens in Aussicht. Man habe nun endlich, meinte Tusk, ich zitiere: »das etwas riskante Spiel gegenseitiger Schuldzuweisungen beendet.« Selbst der unga-

rische Ministerpräsident Viktor Orbán, der die Bundesregierung am vorherigen Tag des moralischen Imperialismus bezichtigt hatte, gab sich auf dem Gipfel überraschend handzahn. Er habe, sagte Orbán, »damit der deutschen Regierung nichts vorwerfen wollen.«

Das ist ja kein Vorwurf, wenn der Imperialismus nur moralisch ist. Solange das Gespräch weitergeht, muss die Hoffnung auf Konsens und gemeinschaftliches Handeln nicht erlöschen. In diesem konsensarmen, von Krisen geschüttelten Europa steht das vereinigte Deutschland als Schwergewicht unter den Mitgliedsstaaten immer wieder an exponierter Stelle. Wer die Krisen der letzten Monate in den englischsprachigen Medien verfolgte, hat feststellen müssen, wie oft auf die gegenwärtigen komplexen Probleme mit alten Feindbildern und kernigen Schlagwörtern reagiert worden ist. Die Deutschen, so hieß es, würden Europa auf dem Altar des Euro opfern, sie würden ganz Europa dazu zwingen, Griechenland zu demütigen, sie würden die finanzschwachen Südländer wie Kolonien ausbeuten. Ganz ohne solche Verleumdungen werden die Deutschen wohl nicht wegkommen. Das geht einfach mit dem gewachsenen Einfluss Deutschlands einher. Das haben sich auch die Amerikaner seit Jahrzehnten gefallen lassen.

Allerdings wird die deutsche Politik auch mehr tun müssen. Sie muss sich bemühen, in Partnerschaft mit gleichgesinnten Staaten der Union ihre politische Vision von Europa zu formulieren, zu vermitteln und zu kommunizieren. Sie wird klarer und einheitlicher sprechen müssen, um den Primat der Politik zu bewahren. Denn die schlechte Presse, die Deutschland während der Griechenlandkrise im Ausland bekommen hat, hatte weniger mit dem Inhalt der deutschen Politik zu tun als mit dem durch mangelhaftes Kommunikationsmanagement zustande gekommenen Wirrwarr und zum Teil widersprüchlichen Stimmen, die während der heißesten Phase der Krise an die Öffentlichkeit gelangten.

Das mühsame Entscheiden durch Gremien und Gipfel, das Gerangel der Entscheidungsträger hinter geschlossenen Türen ist gewiss mit Risiken behaftet. Aber wer meint, man käme besser ohne die EU aus, muss auch die Frage beantworten, ob die Probleme des heutigen Europas eher an den Strukturfehlern der EU liegen oder an dem noch wuchernden Egoismus der Nationalstaaten. Hätte ein Europa ohne die EU die Flüchtlingskrise wirklich besser bewältigt? Es besteht schon lange eine beachtliche Tendenz in der europäischen Öffentlichkeit, politische Erfolge auf das Konto der Nationalstaaten zu verbuchen und Niederlagen zu europäisieren.



Die Europäische Union bleibt meines Erachtens nach wie vor ein unverzichtbares politisches Projekt. Und als solches passt die Union nicht nur zu den Interessen Deutschlands, in wirtschafts- und sicherheitspolitischer Hinsicht, sondern auch zum Wesen des vereinigten deutschen Staates. Die deutsche Frage war schon immer eine europäische Frage. Sie ist nie alleine gelöst worden, immer nur im Rahmen Europas. Die europäischen und transatlantischen Partner stimmten der deutschen Wiedervereinigung zu, weil sie zu Recht darauf vertrauten, dass die Einheit Deutschlands auch der Einigung Europas und damit auch dem Frieden dient. Auch Michail Gorbatschow sah in dem vereinigten Deutschland einen Garanten für den Frieden. Er sah das zwar nicht zuerst, aber er hat es dann anerkannt.

Wir dürfen nicht vergessen, dass die EU schon 2012 den Friedensnobelpreis gewann – ich zitiere jetzt die damalige Jury – »für ihren erfolgreichen Kampf für Frieden und Aussöhnung und für Demokratie und Menschenrechte«. »Der Stabilisierungsfaktor, der von der EU ausgeht, hat dazu beigetragen«, so die Nobelpreis-Jury, »den Großteil Europas von einem Kontinent des Krieges in einen Kontinent des Friedens zu verwandeln.« Das sind Errungenschaften, an die wir uns nicht nur erinnern sollten, sondern an denen wir, so denke ich, festhalten und weiterarbeiten müssen.

Ich danke Ihnen sehr!





Die Schriftenreihe »Veranstaltungen des Sächsischen Landtags« dokumentiert die Reden zu Fest- und Gedenkveranstaltungen im Sächsischen Landtag.

Folgende Dokumentationen sind bereits erschienen:

- | | | | | | | | |
|--------------|--|----------|---|----------|--|----------|---|
| Sonderdruck: | Festakt zum Tag der Deutschen Einheit und zur Bildung des Landes Sachsen am 3. Oktober 1990 auf der Albrechtsburg Meißen | Heft 14: | Feierstunde zum 5. Jahrestag der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung am 26. Mai 1997 | Heft 29: | Podiumsdiskussion »Unsere Zukunft in Europa – die Rolle der Regionen im zukünftigen Gefüge der Europäischen Union« am 24. Februar 2003 | Heft 44: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2009 |
| Heft 1: | Festrede anlässlich des Festakts des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit 1991 | Heft 15: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1997 | Heft 30: | Gedenkveranstaltung »Volksaufstand für die Freiheit« am 17. Juni 2003 | Heft 45: | Festakt »20 Jahre Friedliche Revolution« am 9. Oktober 2009 im Neuen Gewandhaus in Leipzig |
| Heft 2: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1992 | Heft 16: | Reden zur Eröffnung der Ausstellung »Deutsche Jüdische Soldaten« am 20. November 1997 | Heft 31: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2003 | Heft 46: | Festakt zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2010 |
| Heft 3: | Festakt des Verfassungsgerichtshofes des Freistaates Sachsen am 12. Juli 1993 im Alten Rathaus zu Leipzig | Heft 17: | Feststunde anlässlich des 50. Jahrestages der Gründung des Staates Israel am 5. Dezember 1997 | Heft 32: | Symposium »Unverstandenes Parlament – unaufgeklärte Journalisten. Warum parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit?« am 14. November 2003 | Heft 47: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 |
| Heft 4: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1993 | Heft 18: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1998 | Heft 33: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2004 | Heft 48: | Festakt des Sächsischen Landtags »20 Jahre Sächsischer Landtag« am 27. Oktober 2010 Haus der Kirche/Dreikönigskirche in Dresden |
| Heft 5: | 4. Jahrestag der Gründung des Koordinierungsausschusses zur Bildung des Landes Sachsen am 6. Mai 1994 | Heft 19: | Kolloquium »Wirkungsforschung zum Recht – Folgen von Gerichtsentscheidungen« vom 25. bis 27. November 1998 | Heft 34: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2005 | Heft 49: | Eröffnung der Ausstellung »Akteure im Bild – Der Sächsische Landtag 1990 bis 1994« am 25. November 2010 |
| Heft 6: | Schlüsselübergabe und Festakt anlässlich der feierlichen Einweihung der Neubauten des Sächsischen Landtags am 12. Februar 1994 | Heft 20: | Eröffnung der Ausstellung »10 Jahre friedliche Revolution – Ein Weg der Erinnerung« am 2. Oktober 1999 | Heft 35: | Festveranstaltung »175 Jahre sächsische Verfassung« am 4. September 2006 | Heft 50: | »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2011 |
| Heft 7: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1994 | Heft 21: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1999 | Heft 36: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2006 | Heft 51: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2011 |
| Heft 8: | Gedenkstunde des Sächsischen Landtags anlässlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes am 7. Mai 1995 | Heft 22: | Festveranstaltung zum 50-jährigen Bestehen der Nato am 21. November 1999 | Heft 37: | Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 28. Januar 2007 | Heft 52: | »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2012 |
| Heft 9: | Fachtagung »Änderung der Bestimmungen über die konkurrierende Gesetzgebung – alter Wein in neuen Schläuchen?« am 26. Mai 1995 | Heft 23: | Festveranstaltung zum Jubiläum »10 Jahre Freistaat Sachsen – 10 Jahre Sächsischer Landtag« am 27. Oktober 2000 | Heft 38: | Feststunde »15 Jahre Sächsische Verfassung« am 24. Mai 2007 | Heft 53: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2012 |
| Heft 10: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1995 | Heft 24: | Gedenken an die Opfer der Terroranschläge in den USA zur 43. Sitzung des Sächsischen Landtags am 13. September 2001 | Heft 39: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2007 | Heft 54: | »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2013 |
| Heft 11: | Vorstellung des Forschungsprofils des Simon-Dubnow-Instituts für jüdische Geschichte und Kultur e.V. am 9. November 1995 | Heft 25: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2001 | Heft 40: | Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2008 | Heft 55: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 |
| Heft 12: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1996 | Heft 26: | Symposium »Unverstandenes Parlament – unaufgeklärte Bürger. Warum parlamentarische Öffentlichkeitsarbeit?« am 23. November 2001 | Heft 41: | Festveranstaltung aus Anlass des 60. Jahrestages der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 2008 | Heft 56: | »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2014 |
| Heft 13: | Symposium anlässlich des 50. Jahrestages der Konstituierung eines sächsischen Landtags am 22. November 1946 | Heft 27: | Festveranstaltung »10 Jahre Sächsische Verfassung« am 27. Mai 2002 | Heft 42: | Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2009 | Heft 57: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2014 |
| | | Heft 28: | Festakt des Sächsischen Landtags zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2002 | Heft 43: | Festakt zur Verabschiedung von Landtagspräsident Erich Iltgen am 2. Oktober 2009 | Heft 58: | »Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus« am 27. Januar 2015 |

Die einzelnen Hefte stehen Interessenten in der Bibliothek des Sächsischen Landtags zur Verfügung.





Die Veranstaltung zum Tag der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag wurde live vom MDR-Fernsehen übertragen und kann in der MDR-Mediathek unter folgendem Link angesehen werden:
http://www.mdr.de/mediathek/fernsehen/a-z/sendung582538_letter-M_zc-6932cf5d_zs-dea15b49.html

